

Landkreis Vorpommern-Rügen

Die Kreistagspräsidentin



Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 07.05.2018

Sitzungsraum: Hochschule Stralsund "Audimax", Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 20:15 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Herr Dirk Arendt
Herr Horst Badendieck
Frau Ute Bartel
Herr Steffen Bartsch-Brüdgam
Herr Mario Bauch
Herr Alexander Benkert
Frau Karin Breitenfeldt
Frau Wenke Brüdgam
Herr Ingulf Donig
Herr Helge Eggersmann
Frau Mechthild Gibbels
Herr Christian Griwahn
Herr Holger Henze
Herr Maik Hofmann
Herr Dieter Holtz
Herr Dr. Stefan Kerth
Herr Holger Kliewe
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Herr Andreas Kuhn
Herr Matthias Laack
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Herr Wolfgang Meyer
Frau Claudia Müller
Frau Kerstin Nilson
Herr Udo Peters
Herr Michael Philippen
Herr Rüdiger Preß
Frau Maria Quintana Schmidt
Frau Anja Ratzke
Herr Thomas Reichenbach

Herr Gerd Scharmberg
Frau Bärbel Schilling
Herr Michael Schmidt
Herr Norbert Schöler
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Axel Thiede
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Frau Susann Wippermann
Frau Karin Wodrich
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

Gäste

Herr Lothar Dippe

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Von der Verwaltung

Herr Landrat Ralf Drescher

Frau Carmen Schröter

Herr Manfred Gerth

Frau Ricarda Rumpel

Herr Wolfgang Hirtschulz

Frau Petra Brühn

Frau Heike Karnatz

Herr Steffen Schulze

Herr Torsten Ewert

Beigeordnete und 1. stellv. Landrätin

Beigeordneter und 2. stellv. Landrat

FDL 01

FDL 03

FDL 04

FDL 12

FDL 43

EBL Abfallwirtschaft

Es fehlen:

Kreistagsmitglieder

Norbert Benedict

Ralf Borschke

Ernst Branse

Eike Bunge

Ingolf Dinse

Dr. Heike Carstensen

Harry Glawe

Frank Ilchmann

Gisela Lemke

Kathrin Meyer

Olaf Micheel

Dr. Manfred Möller

Benno Rüster

Andrea Saatmann

Andreas Teller

Christian Thiede

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung vom 12. März 2018
5. Bericht des Landrates
6. Anfragen der Kreistagsmitglieder
7. Rechenschaftsbericht des Seniorenbeirates des Landkreises Vorpommern-Rügen
8. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/2/0482
9. Änderung der Benennung der Mitglieder des Volkshochschulbeirates BV/2/0470

10. Nach- und Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen
 - 10.1. Wahl der stellvertretenden Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses "Schülerbeförderung"
 11. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses des Landkreises Vorpommern-Rügen für die Feststellung des Jahresabschlusses 2015 nach § 60 Absatz 5 Satz 1 KV M-V BV/2/0476
 12. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach § 60 Absatz 5 Satz 2 KV M-V BV/2/0477
 13. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2016 BV/2/0449
 14. 3. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 bis 2019/2020 BV/2/0468
 15. Satzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften BV/2/0457
 16. Antrag der Kreistagsfraktionen "Unterstützung für den Vogelpark Marlow" A/2/0104
 17. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion "Schaproder Silberschatz im Landkreis Vorpommern-Rügen ausstellen" A/2/0105
 18. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Fortschreibung des Integrierten Verkehrskonzeptes Rügen (IVR)" A/2/0106
 19. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Windschutzstreifen" A/2/0107
 - 19.1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Windschutzstreifen" A/2/0107/1
 20. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "50 kostenfreie Teilnahmeberechtigungen für den Rügenbrückenlauf" A/2/0108
 21. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Straßenausbaubeiträge" A/2/0110
 22. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Doppelhaushalt" A/2/0111
 23. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Datenschutz im Präventionsausschuss" A/2/0113
 24. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Pilotprojekt kostenfreie Kita ab 2019 für alle Kinder im Landkreis Vorpommern-Rügen" A/2/0115
 25. Mitteilungen
- Nichtöffentlicher Teil -
26. Grundstücksangelegenheiten

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kreistagspräsidentin Köster eröffnet die 21. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wur-

de und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder anwesend sind. Damit stellt Frau Kreistagspräsidentin Köster die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren teilt Frau Kreistagspräsidentin Köster mit, dass für Herrn Hans-Dieter Konkol Frau Sandra Schröder-Köhler nachgerückt sei. Sie bittet sie zu sich und verpflichtet sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Des Weiteren sei für Herrn Peter Knorr Herr Matthias Laack nachgerückt.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet ihn zu sich und verpflichtet ihn auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Abschließend gratuliert Frau Kreistagspräsidentin Köster den Kreistagsmitgliedern, die seit der vergangenen Sitzung Geburtstag hatten.

Frau Brüdgam möchte an den 8. Mai, Tag der Befreiung in der Bundesrepublik Deutschland, erinnern. Dieser Tag sollte jedes Jahr als Mutmacher gesehen werden um weiter gegen die neuen Formen des Faschismus, der Menschenfeindlichkeit sowie der Ausgrenzung zu kämpfen.

2. Einwohnerfragestunde

Frau Marsch, Frau Meyer und Herr Meyer vom Pfadfinderbund tragen vor, dass sie ein eingetragener Verein seien und ehrenamtliche Jugendarbeit leisten und sich einmal wöchentlich treffen würden. Die wöchentlichen Treffs fänden in der Alten Rostocker Straße in Stralsund in einem Gebäude statt, welches der Deutschen Bahn gehöre. Dieses werde derzeit renoviert. Nach Fertigstellung der Renovierung würde dies für den Pfadfinderbund finanziell nicht mehr tragbar sein. Ferner werde nicht nach einer Wohnung gesucht, sondern vielmehr nach einem Gruppenraum. Daher richten sie die Frage an den Kreistag, inwiefern es Möglichkeiten hinsichtlich solcher Räumlichkeiten gebe.

Herr Philippen erklärt, dass über den Kulturausschuss der Bürgerschaft nach einer Möglichkeit gesucht werden könne.

Herr Dr. Zabel führt aus, dass in zwei Wochen die Bürgerschaftssitzung stattfindet, und empfiehlt den Pfadfindern sich dort einzufinden. Mit dem Oberbürgermeister werde vorab ein Gespräch geführt, inwieweit etwas möglich sei.

Frau Möbius, Bürgermeister der Gemeinde Putgarten, führt aus, dass die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen am 15. Januar 2018 eine Konzessionsänderung der Linie 14 beim zuständigen Landesamt für Straßenbau und Verkehr beantragt habe, welche u. a. als neue Haltestelle Kap Arkona vorsehe. Die angestrebten Änderungen sollen mit dem Fahrplanwechsel am 13. Mai 2018 in Kraft treten. Die ablehnende Stellungnahme der Gemeinde Putgarten vom 23. März 2018 sei dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr fristgerecht zugegangen. Trotzdem sei dem Antrag am 24. April 2018 stattgegeben worden.

Sie erklärt, dass eine weitere Verkehrsbelastung in Form von regelmäßigen Linienbussen eine Gefährdung der bestehenden Verkehre aufgrund der vorhandenen geringen Ausbaubreiten der Fahrbahnen und des Verkehrs- und Fußgängeraufkommens darstelle, und fragt, warum das seit 25 Jahren bestehende und etablierte Verkehrskonzept des Ortes Putgarten, welches als oberstes Ziel die Verkehrsberuhigung vorsieht, nun derartig angegriffen werde.

Weiterhin fragt Frau Möbius, ob es sinnvoll sei, die privaten Transportanbieter, von denen mindestens die Kap-Arkona-Bahn in Putgarten auch Kooperationspartner der

VVR ist, durch die Konkurrenz durch die VVR aus dem Markt zu drängen. Diese würden dann dauerhaft als Transportdienstleister nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Anbieter würden den Bedarf an Transportkapazitäten auch in der Neben- und Nachsaison bedienen. Frau Möbius fragt, wie die VVR den Winterfahrplan gestalten werde und ob die im Sommerfahrplan ausgewiesene enge Taktung beibehalten werde.

Des Weiteren sagt sie, ob das Verkehrskonzept des Landkreises nicht vielmehr bestehende funktionierende Transportsysteme und Verkehrskonzepte wie in Putgarten integrieren sollte. Dies würde jedoch nur funktionieren, wenn diese bis dahin nicht unterwandert und zerstört seien.

Ferner möchte Frau Möbius wissen, warum der bestehende Kooperationspartner, hier die "Kap Arkona Bahn", nicht in die Planungen der VVR involviert worden sei bzw. warum nicht versucht worden sei, die bestehende Kooperationsvereinbarung zu modifizieren. Es habe in diesem Zusammenhang den Anschein, dass der VVR wirtschaftliche Aspekte vor die öffentliche Daseinsvorsorge stelle. Die Anfangszeiten der Schulen auf Wittow müssten angepasst werden und Fahrzeiten für die Schülerinnen und Schüler auf Wittow hätten sich teilweise verdoppelt. Sie fragt, wie dies möglich sei.

Herr Landrat Drescher sichert eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Kreistagspräsidentin Köster erklärt, dass ihr ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vorliege.

Herr Kuhn begründet die Dringlichkeit des Antrages „Pilotprojekt kostenfreie Kita ab 2019 für alle Kinder im Landkreis Vorpommern-Rügen“ und bittet um Zustimmung hinsichtlich der Erweiterung der Tagesordnung um diesen Antrag.

Herr Dr. Kerth äußert, dass er erstaunt sei, dass das Thema jetzt ein Dringlichkeitsthema sein solle. Eine Dringlichkeitsbegründung sei zudem auch nicht vorgetragen worden.

Frau Latendorf fügt hinzu, dass hier keine Dringlichkeit gegeben sei.

Herr Arendt erklärt, dass die Dringlichkeit nur gegeben sei, da viele Eltern einen kostenlosen Kita-Platz benötigen würden. Die Dringlichkeit sehe er nicht, jedoch die Wichtigkeit des Antrages.

Herr Scharmberg sagt, dass allein schon in Vorbereitung der Haushaltsplanung der Kommunen eine Dringlichkeit gegeben sei. Die FDP-BfS-Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Frau Müller fragt Herrn Kuhn, ob es zwischen dem Antragsschluss und dem jetzigen Tag eine neue Information gegeben habe und ob relevante Entscheidungen möglicherweise vor der nächsten Kreistagsitzung gefällt werden würden, die sonst an einem vorbeilaufen würden.

Herr Kuhn entgegnet, dass mit diesem Antrag auch die Finanzmöglichkeiten des Landes aufgerissen werden können. Aus dem Landtag wisse er, dass diese Diskussion Fahrt aufnehme. Daher sei eine gemeinsame Positionierung zum Antrag wünschens-

wert. Es solle hier keine weitere Zeit verstrichen werden.

Herr Arendt fragt, ob sich der Antrag lediglich auf die Kita beziehe.

Herr Kuhn erklärt, dass auch Krippe und Hort mit inbegriffen seien.

Herr Landrat Drescher führt aus, dass Gespräche im Landkreistag sowie im Vorstand des Landkreistages laufen würden. Es gebe durchaus die Befürchtung, dass im Land nach dem Prinzip verfahren werde, dass weiterhin alles genauso kompliziert gemacht werde, wie es bisher gelaufen sei. Weiter sagt er, dass der Landkreis Modellregion werden wolle, dies gehe jedoch nur mit der Unterstützung des Kreistages. Ziel sei eine Vereinfachung, um den Verwaltungsaufwand zu minimieren und einen Teil in der Verwaltung zu sparen. Die Begründung zur Dringlichkeit müsse sein, dass der Antrag unabweisbar sei und eine Aufschiebung bis Juli nicht warten könne. Ansonsten müsse der Antrag noch mal in den Gremien beraten werden.

Frau Latendorf fragt, warum nicht die Verwaltung einen solchen Antrag an den Kreistag stelle.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass die Verwaltung noch nicht so weit sei und momentan etwas vorlegen könne.

Herr Dr. Kerth schlägt aufgrund der Wichtigkeit des Themas vor, dass die Fraktionsvorsitzenden in der nächsten Woche zusammenkommen und sich den aktuellen Stand der Verwaltung anhören, um dann gemeinsam einen Konsens zu finden. Ein Schnellschuss halte er für nicht sinnvoll.

Herr Kuhn fragt Herrn Landrat Drescher, ob schon genaue Termine im Landkreistag bekannt seien, bei denen die Landkreis mit aufgefordert seien, bei dem Projekt mitzuarbeiten.

Herr Landrat Drescher sagt, dass bereits Gremiengespräche im Landkreistag stattgefunden hätten. Daraus resultierend die Erkenntnis, dass alles so kompliziert bleiben solle. Seiner Meinung nach werde so jedoch nicht das Gewollte erreicht.

Herr Kliewe sagt, dass er den Antrag unterstütze.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag von Herrn Kuhn.

Der Kreistag stimmt der Erweiterung der Tagesordnung mehrheitlich bei 27 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und sechs Enthaltungen zu.

Frau Kreistagspräsidentin Köster schlägt vor, diesen Antrag als neuen Tagesordnungspunkt 24 mit aufzunehmen.

Weiterhin teilt Frau Kreistagspräsidentin Köster mit, dass die Verwaltung die BV/2/0452/1 „Korrektur der Anlage 2 zur BV/2/0452 Vertragsanpassungen für den Werkstattneubau und Schaffung der touristischen Erlebnislandschaft auf dem Kleinbahnhof Putbus“ zurückziehe.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Kreistag stimmt der Tagesordnung bei fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen zu.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung vom 12. März 2018

Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag genehmigt einstimmig die Niederschrift über die 20. Sitzung des Kreistages vom 12. März 2018.

5. Bericht des Landrates

Herr Landrat Drescher sagt bezüglich der **Akustik** in der Hochschule Stralsund, dass nichts gegen die technische Anlage einzuwenden sei und die Verständlichkeit von allen Seiten gegeben sei. Jedoch sei die Räumlichkeit nicht konzipiert und daher sei es mitunter immer schwierig, wenn sich der Redner nicht direkt an das Mikrofon stelle.

Weiter berichtet Herr Landrat Drescher über die **Einrichtung der kürzeren Hilfsfristen des Rettungsdienstes**. Eine Umstellung, um dies einzuhalten, stelle alle Träger vor großer Herausforderung. Die neuen Zeitsektoren würden neue Wachstandorte erfordern. Inzwischen gebe es die Übereinkunft, dass der Landkreis Rostock stellvertretend für alle Träger ein gesamtes Konzept in Auftrag gebe. Es sei damit zu rechnen, dass dieses Konzept noch zwei Jahre brauchen werde, bis erste Ergebnisse vorliegen. Bis dahin habe man punktuelle Erfolge erzielt. Einer sei u. a., dass in Grammdorf nach Verhandlungen mit den Krankenkassen eine zusätzliche Rettungsstelle genehmigt werde. Weiterhin werde gegenwärtig eine Stelle in Zingst gebaut.

Des Weiteren informiert Herr Landrat Drescher, dass die **Haushaltsgenehmigung** für das Haushaltsjahr 2018 mit heutigem Tage eingegangen sei. Die Verpflichtungsermächtigungen seien so wie eingereicht genehmigt worden. Der Landkreis habe eine Kreditversagung bekommen. Weiter sagt er, dass eine Aufhebung des Haushaltssicherungskonzeptes erst sinnvoll sei, wenn der Landkreis die versprochene Gegenleistung vom Land zugesagt bekomme. Am 4. Juni 2018 finde die Vertragsunterzeichnung im Innenministerium stattfinden.

Zum Thema **Sportförderrichtlinie** berichtet Herr Landrat Drescher, dass in Gesprächen mit dem Kreissportbund vereinbart worden sei, die bisherige Richtlinie beizubehalten. Parallel dazu solle eine Vereinbarung mit dem Kreissportbund beschlossen werden. Dort werde dann geregelt, was der Kreissportbund für seine Tätigkeit an Vergütung erhalte.

Bezüglich **Breitband** informiert Herr Landrat Drescher, dass am 20. April 2018 ein Termin in Berlin stattgefunden habe. Dort sei verhandelt worden, noch einen Nachtrag zu stellen. Es gehe um 260 Gebäude im Landkreis, welche in der ersten Aufstellung aufgrund von Ungenauigkeiten des Katasters nicht verzeichnet gewesen seien. Herr Landrat Drescher erklärt zum Thema **Verkauf Prora**, dass die Bekanntmachungen inzwischen vollzogen seien. Erschienen sei diese bei immowelt.de, der Frankfurter Allgemeinen, der Ostsee-Zeitung und in der Süddeutschen Zeitung. Details hierzu werde er im nichtöffentlichen Teil ergänzen.

Des Weiteren berichtet Herr Landrat Drescher, dass 13 Bewerbungen für die Stelle des **Geschäftsführers der VVR** eingegangen seien und demnächst die Vorstellungsgespräche stattfinden würden.

Abschließend informiert Herr Landrat Drescher anhand einer Präsentation über das neue **Logo** und den neuen **Slogan** des Landkreises Vorpommern-Rügen.

6. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Thomas bittet um nähere Auskünfte zum aktuellen Stand der Schulen auf der Insel Rügen.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass er noch nicht genau sagen könne, wie es mit den Schulen auf der Insel sowie auch in der Hansestadt Stralsund weitergehe. Eine Lösung, wie diese in Förderungsprogramme hereingelangen, gebe es bislang noch nicht. Für die Schulen in den neuen Projektgebieten auf dem Festland sei dies bereits verhandelt und entschieden. Gleichwohl werde an der digitalen Ertüchtigung, der Breitbandanbindung an den Schulen, gearbeitet.

Frau Breitenfeldt sagt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen um die Theater machen würden. Sie bittet diesbezüglich um Informationen. Auch für die Öffentlichkeit seien diese sehr wichtig. Des Weiteren teilt Frau Breitenfeldt bezüglich eines Ackerstreifens zwischen Polkvitz und Marlow auf der Insel Rügen mit, mit Ausnahme einiger Bäume eine komplette Allee abgeholzt worden sei und auch der Feldstreifen komplett beseitigt worden sei. Sie fragt, warum diese Beseitigung erfolgen musste und wer dies beantragt und genehmigt habe. Ferner möchte sie wissen, ob eine Begutachtung vor Ort stattgefunden habe und Alternativen geprüft worden seien. Sie fragt weiter, ob an dieser Straße eine neue Allee angelegt werde und ob der gesamte Feldrandstreifen beseitigt werden dürfte.

Herr Landrat Drescher erklärt bezüglich der Anfrage zum Theater, dass es den zeitweiligen Ausschuss für Kultur gebe, welcher immer informiere. Jedoch gebe es derzeit keinen neuen Stand, welchen er offiziell verkünden könne. Ein Kompromissvorschlag liege der Landesregierung vor, welcher auch die Situation des Landkreises lösen würde. Hinsichtlich der zweiten Anfrage sichert Herr Landrat Drescher eine schriftliche Antwort zu.

Herr Dr. Weiß sagt, dass er im März 2012 einen Antrag gestellt habe, dass der Landrat sich dafür einsetzen möge, auf der A 20 Höhe Prützmannshagen eine Notaufahrt für die Blaulichtfraktion einzurichten. Aktuell sei vorläufig eine Landkarte bei der Freiwilligen Feuerwehr, dass an einem solchen Projekt gearbeitet werde. Er fragt, was in der Zwischenzeit passiert sei. Weiterhin habe er im Juli 2016 eine Machbarkeitsstudie zu einer Schienenquerung des Fischlandes für den Schiffsverkehr Saaler Bodden beantragt habe. Er fragt hier nach dem Stand.

Herr Landrat Drescher erklärt bezüglich der ersten Anfrage, dass seiner Zeit versucht worden sei an der A20 Höhe Prützmannshagen einen Autohof zu etablieren. Man habe versucht Ämter zur Unterstützung dafür zu gewinnen, jedoch seien hierzu Absagen eingegangen. Es gebe keine Möglichkeit an dieser Stelle eine Abfahrt hinzubekommen, daher sei dies nicht weiter verfolgt worden. Jedoch werde er dieser Angelegenheit noch einmal nachgehen. Zur zweiten Anfrage von Herrn Dr. Weiß teilt Herr Landrat Drescher mit, dass der Antrag in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung weitergeleitet worden sei.

Herr Ahlers sagt, dass die Fraktion FDP-BfS eine schriftliche Anfrage bezüglich des Sommerfahrplanes der VVR eingereicht habe. Er fragt nach dem Stand.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass eine Antwort vorbereitet sei, ihm jedoch mit heutigem Tage neue Erkenntnisse vorliegen würden. Er sichert die schriftliche Beantwortung zu.

Herr Arendt fragt, wie viele Menschen nichtdeutscher Herkunft in den Jahren 2015 bis 2018 im Landkreis aufgenommen worden seien und wie viele Männer, Frauen und Kinder darunter seien.

Herr Landrat Drescher sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp fragt bezüglich der Auszahlungen von Geldern des europäischen Sozialfonds und im Hinblick dessen, dass der Chamäleon e.V. keine Anträge mehr stellen wolle, ob die Gelder vom 4. Quartal 2017 mittlerweile an den Verein ausgezahlt worden seien und ob es noch andere Vereine gebe, die noch Gelder aus dem Sozialfond erhalten müssten.

Frau Schröter erklärt, dass sie speziell zum Chamäleon e.V. ungern in der öffentlichen Sitzung antworten möchte. Jedoch seien alle Gelder quartalsweise ausgezahlt worden.

Weiter möchte Herr Prof. Dr. Wetenkamp bezüglich der Stellenbesetzung Fachdienstleitung Sozialpädagogischer Dienst wissen, warum der Hinweis zu einer neuen Qualifikation einer Fachdienstleitung nach § 72 SGB VIII nicht berücksichtigt worden sei. Hintergrund sei der, dass in einer nichtöffentlichen Niederschrift des Jugendhilfeausschusses vom 18. Dezember 2017 gestanden habe, dass dies Berücksichtigung finden müsse. Die Ausschreibung sei im Januar erfolgt. Er fragt, inwieweit dies dann doch nicht berücksichtigt worden sei.

Frau Schröter führt aus, dass das Fachkräftegebot nach dem SGB VIII bei der Besetzung der Fachdienstleitung vollumfänglich berücksichtigt worden sei. Das Fachkräftegebot sage sinngemäß aus, dass diejenigen, die Umgang mit Kindern hätten eine sozialpädagogische Ausbildung haben müssen. Im Fachdienst 24 hätten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Ausbildung. Der Fachdienstleiter habe zudem überwiegend Führungsaufgaben und nicht die sozialpädagogischen Entscheidungen zu treffen. Dies sei in Abstimmung mit dem Landesjugendamt erfolgt. Der Landesjugendamtsleiter sei ebenfalls kein Sozialpädagoge. Es sei nicht zwingend vorgeschrieben, dass ein Leiter des Jugendamtes Sozialpädagoge sein müsse. Weiter sagt Frau Schröter, dass das Einstellungsverfahren ein Verfahren wie jedes andere gewesen sei und alle zum Gespräch eingeladen worden seien, die die entsprechenden Voraussetzungen mitgebracht hätten.

Herr Kuhn fragt, ob bekannt sei, dass im Landkreis Vorpommern-Rügen bzw. im Land M-V eine Neuorganisation der Finanzämter durchgeführt werden solle. Weiter fragt er, ob es bezüglich des Regionalen Raumordnungsprogramms ein 4. Beteiligungsverfahren geben werde.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass ihm hinsichtlich einer Neuorganisation der Finanzämter etwas Offizielles nicht bekannt sei. Von Herrn Brodkorb habe es das Ansinnen gegeben, die Finanzämter umzustrukturieren. Danach sei es um das Thema sehr ruhig geworden und letztlich auch zurückgezogen worden. Von einer neuen Welle habe er keine Information.

Des Weiteren führt er aus, dass sofern es eine Fortschreibung geben werde, es bis zur abschließenden Entscheidung noch länger dauern werde. Die Planung zum Thema Windenergie sei eine Ausschlussplanung, welche nur noch an einigen Stellen Windenergienutzung zulasse, an anderen Stellen schließe sie es aus. Solange die Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms Vorpommern nicht abgeschlossen sei, seien Windenergieanlagen überall privilegiert. Es müsse allen daran gelegen sein, ziemlich schnell zu einem bestandskräftigen gerichtsfesten

Abschluss zu kommen. Die Äußerungen des Landkreises sowie die der Bürgerinitiativen würden mit in die Abwägung einbezogen werden. Dies führe dann zu einer Veränderung der Gebietskulisse, und dies wiederum dann zu einem neuen Beteiligungsverfahren. An diesem Standpunkt befinde man sich derzeit. Der Verbandsversammlung werde im September vorgeschlagen, dass es noch eine vierte Auslegung geben werde.

7. Rechenschaftsbericht des Seniorenbeirates des Landkreises Vorpommern-Rügen

Herr Csallner, Vorsitzender des Seniorenbeirates trägt den Rechenschaftsbericht des Seniorenbeirates vor.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp fragt, wie weit „Mobilität im Alter“ gerade auf dem Lande ein Thema sei. Weiter möchte er wissen, ob das Senienticket im Seniorenbeirat bereits ein Thema sei.

Herr Csallner erklärt bezüglich des Senientickets, dass der Seniorenbeirat bei den Beratungen immer mit dabei sei, jedoch könne er hierzu noch keine abschließende Auskunft machen. Die „Mobilität im Alter“ sei ein ständiges Thema beim Seniorenbeirat. Im September 2018 fänden wieder zwei Sicherheitstage statt, zum einen in Ribnitz-Damgarten und zum anderen in Bergen auf Rügen.

Weitere Anfragen an Herrn Csallner gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bedankt sich bei Herrn Csallner für den ausführlichen Bericht.

8. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Seniorenbeirat des Landkreises Vorpommern-Rügen Vorlage: BV/2/0482

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 358-21/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt folgendes Mitglied in den Seniorenbeirat des Landkreises Vorpommern-Rügen zu berufen:

Frau Gisela Lemke, geboren am 7. Oktober 1946

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

9. Änderung der Benennung der Mitglieder des Volkshochschulbeirates Vorlage: BV/2/0470

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 359-21/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt gemäß § 7 der Satzung der Volkshochschule Vorpommern-Rügen die Änderung der Benennung der Mitglieder des

Volkshochschulbeirates:
auf Vorschlag des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses

Frau Karin Breitenfeldt
Frau Heike Zeh

auf Vorschlag der Leiterin der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen

Frau Miriam Weber

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

10. Nach- und Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen

10.1 Wahl der stellvertretenden Mitglieder des zeitweiligen Ausschusses "Schülerbe- förderung"

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 360-21/2018

Der Kreistag wählt folgende Stellvertreter in den zeitweiligen Ausschuss Schülerbe-
förderung:

Thomas Lewing
Tilo Troyke
Armin Latendorf
Kristine Kasten
Detlef Lindner
Dirk Niehaus
Dr. Manfred Möller

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen

11. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses des Landkreises Vorpom- mern-Rügen für die Feststellung des Jahresabschlusses 2015 nach § 60 Absatz 5 Satz 1 KV M-V Vorlage: BV/2/0476

Frau Kreistagpräsidentin Köster bittet um Abstimmung zum Rederecht von
Herrn Dippe.

Der Kreistag stimmt einstimmig zu.

Herr Landrat Drescher nimmt für die Tagesordnungspunkte 11
und 12 im Gästebereich des Kreistages Platz.

Herr Dippe, Ausschussvorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, bedankt sich
zunächst bei dem Fachdienst Finanzen sowie dem Rechnungsprüfungsamt für die
geleistete Arbeit in der vorliegenden Beschlussvorlage. Weiterhin berichtet Herr

Dippe über die Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses.
Weitere Anmerkungen zur Beschlussvorlage gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 361-21/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss und vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2015 des Landkreises Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2015 in der Fassung vom 8. Dezember 2017 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

- 12. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach § 60 Absatz 5 Satz 2 KV M-V**
Vorlage: BV/2/0477
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 362-21/2018

Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

- 13. Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2016**
Vorlage: BV/2/0449
-

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 363-21/2018

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den durch die Baker Tilly AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 mit einer Bilanzsumme von 18.477.275,01 € fest.

2. Der Kreistag Vorpommern-Rügen erteilt der Betriebsleitung für das Haushaltsjahr 2016 die Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

14. **3. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 bis 2019/2020**
Vorlage: BV/2/0468

Frau Brüdgam begründet die Einbringung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Diese Änderung sei im zuständigen Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss ausreichend begründet und mit 15 Stimmen dafür beschlossen worden.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 3. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020.

1. Die Grundschule „Heinrich Bandlow“ Tribsees wird zum Ende des Schuljahres 2017/2018 aufgehoben.
2. Ab dem Schuljahr 2018/2019 wird die Grundschule organisatorisch an die Regionale Schule Tribsees angegliedert und als Regionale Schule mit Grundschule „Recknitz-Trebeltal“ fortgeführt.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE stellt folgenden Änderungsantrag:

Der letzte Satz soll durch folgende Formulierung ergänzt werden:

„mit der Zielstellung, den Status „Volle Halbtagsschule“ zu erhalten““

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE einstimmig bei einer Enthaltung zu.

Beschluss: KT 364-21/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 3. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020.

1. Die Grundschule „Heinrich Bandlow“ Tribsees wird zum Ende des Schuljahres 2017/2018 aufgehoben.
2. Ab dem Schuljahr 2018/2019 wird die Grundschule organisatorisch an die Regionale Schule Tribsees angegliedert und als Regionale Schule mit Grundschule „Recknitz-Trebeltal“ fortgeführt, mit der Zielstellung, den Status „Volle Halbtagsschule“ zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen

15. Satzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften
Vorlage: BV/2/0457

Frau Breitenfeldt sagt, dass sie der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, und begründet dies.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 365-21/2018

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und sechs Enthaltungen beschlossen

16. Antrag der Kreistagsfraktionen "Unterstützung für den Vogelpark Marlow"
Vorlage: A/2/0104

Herr Dr. Kerth äußert, dass er erfreut sei, dass dieser Antrag von allen Fraktionen Unterstützung finde.

Herr Schöler freut sich als Bürgermeister der Stadt Marlow sehr über den eingereichten Antrag. Weiter sagt er, dass die Spende ganz speziell für die Vorpommersche Boddenlandschaft eingesetzt werden würde.

Frau Latendorf sagt, dass die Vorpommersche Boddenlandschaft ein Aushängeschild für die Region des Landkreises Vorpommern-Rügen sei. Die Fraktion DIE LINKE habe ebenfalls eine Spende für die Boddenlandschaft getätigt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 366-21/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landkreis unterstützt den Vogelpark Marlow beim Wiederaufbau der beschädigten Anlagen in Folge der starken Schneefälle am Osterwochenende 2018 mit einer einmaligen Spende in Höhe von 20.000,00 €.

Die Deckung erfolgt aus dem Produktkonto Zinsaufwendungen: 6120000.5751000.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

17. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion "Schaproder Silberschatz im Landkreis Vorpommern-Rügen ausstellen"
Vorlage: A/2/0105

Herr Kuhn begründet die Einbringung des Antrages.

Frau Ratzke beantragt eine Änderung des Antrages dahingehend, dass der Schaproder Silberschatz *vorrangig auf der Insel Rügen* verbleibe und ausgestellt werde.

Herr Landrat Drescher gibt zu bedenken, dass eines der Probleme sei, dass man in Schwerin nicht wahrgenommen werde. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund habe nun beschlossen, dass der Schatz sinnvollerweise in Stralsund bei dem Goldschatz auszustellen sei. Dies solle bei der jetzigen Diskussion Berücksichtigung finden. Daher bittet er hier um Einigung, sodass nicht unterschiedliche Beschlüsse gefasst werden würden.

Herr Bauch schlägt eine Änderung des Antrages dahingehend vor, dass der Schaproder Silberschatz möglichst auf der Insel Rügen verbleibe.

Herr Arendt sagt, dass eine Einigung notwendig sei. Daher solle der Antrag so formuliert werden, dass der Silberschatz im Landkreis Vorpommern-Rügen verbleibe.

Herr Kuhn sagt, dass der Beschlusstext möglichst standortneutral formuliert werden solle, und bittet daher um Zustimmung seines eingereichten Antrages.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp bittet um eine kurze Auszeit.

Herr Dr. Kerth sagt, dass die Bedenken von der Insel Rügen ernst genommen werden sollten. Diese Chance sollte den Rügänern gegeben werden. Mit der Hansestadt Stralsund könne dann eine kluge Formulierung des Beschlusses gefunden werden.

Frau Kreistagspräsidentin Köster gewährt eine kurze Auszeit von fünf Minuten.

Frau Ratzke erklärt, dass sich darauf verständigt worden sei, den ersten Punkt des Antrages um folgenden Wortlauf zu ändern:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass der einzigartige Schaproder Silberschatz nach Abschluss der geschichtlichen Untersuchung und Konservierung in der Region, *vorrangig auf der Insel Rügen* verbleibt und ausgestellt wird.

Der zweite Satz bleibe so wie er sei.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass der einzigartige Schaproder Silberschatz nach Abschluss der geschichtlichen Untersuchung und Konservierung in der Region verbleibt und ausgestellt wird.
2. Der Landrat wird beauftragt alles Notwendige beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege zu veranlassen.

Frau Ratzke stellt folgenden Änderungsantrag:

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass der einzigartige Schaproder Silberschatz nach Abschluss der geschichtlichen Untersuchung und Konservierung in der Region, *vorrangig auf der Insel Rügen* verbleibt und ausgestellt wird.
2. Der Landrat wird beauftragt alles Notwendige beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege zu veranlassen.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag einstimmig bei vier Enthaltungen zu.

Beschluss: KT 367-21/2018

1. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass der einzigartige Schaproder Silberschatz nach Abschluss der geschichtlichen Untersuchung und Konservierung in der Region, *vorrangig auf der Insel Rügen* verbleibt und ausgestellt wird.
2. Der Landrat wird beauftragt alles Notwendige beim Landesamt für Kultur und Denkmalpflege zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei fünf Enthaltungen beschlossen

18. **Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Fortschreibung des Integrierten Verkehrskonzeptes Rügen (IVR)"**
Vorlage: A/2/0106
-

Herr Kuhn begründet die Einbringung des Antrages und bittet um Verweisung in den zuständigen Fachausschuss, Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Verweisung.

Der Kreistag stimmt der Verweisung des Antrages in den Kreisentwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat das integrierte Verkehrskonzept Rügen fortzuschreiben (IVR).

19. **Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Windschutzstreifen"**
Vorlage: A/2/0107
-

Herr Peters begründet die Einbringung des Antrages.

Herr Eggersmann sagt, dass die GRÜNE Fraktion den eingebrachten Antrag unterstütze, bittet jedoch um folgende Ergänzung des Antrages: „Die Bepflanzung sollte

ausschließlich aus heimischen und „bienenfreundlichen“ Sträuchern wie Haselnuss, Weißdorn, Schneebeere u. Ä. bestehen“ (A/2/0107/1). Zudem solle der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft aktiv mit einbezogen werden. Er bittet dahingehend um Zustimmung.

Herr Bauch schlägt vor, die Anträge zunächst in den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft zu verweisen.

Herr Bartsch-Brüdgam unterstützt den Antrag sowie den Änderungsantrag, jedoch beantragt er die Verweisung in den Ausschuss.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Verweisung.

Der Kreistag stimmt der Verweisung der Anträge A/2/0107 sowie A/2/0107/1 in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat zu prüfen, inwieweit der Landkreis Vorpommern-Rügen bei der Errichtung von Windschutzstreifen insbesondere an Kreisstraßen aktiv werden kann.

Dazu sollte gemeinsam mit den regionalen Bauernverbänden ein Handlungskonzept entwickelt werden, welches Flächenkauf/-tausch, Bepflanzung und Rück-Verpachtung an Landwirte als Greening-Fläche regelt.

19.1 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Windschutzstreifen" Vorlage: A/2/0107/1

Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Antrag A/2/0107 wird um folgenden Zusatz ergänzt:

Die Bepflanzung sollte ausschließlich aus heimischen und „bienenfreundlichen“ Sträuchern wie Haselnuss, Weißdorn, Schneebeere u. Ä. bestehen.

20. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "50 kostenfreie Teilnahmeberechtigungen für den Rügenbrückenlauf" Vorlage: A/2/0108

Frau Müller begründet die Einbringung des Antrages. Mit diesem Antrag solle ein Zeichen gesetzt werden, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen zusammen mit den Veranstaltern einen Weg finde, zumindest für 50 Leute, die sozial schlechter gestellt seien, die Teilnahme am Lauf zu ermöglichen. So könne die Freude am Sport für alle vermittelt werden.

Frau Bartel erinnert bezüglich der sozial schwachen Bewohnerinnen und Bewohnern an das Bildungs- und Teilhabepaket. Sie sagt, dass der Antrag zu schnell gestrikt sei.

Dem Antrag könne sie so nicht zustimmen.

Frau Zachow sagt, dass der Grundgedanke des Antrages den Zuspruch der Fraktion DIE LINKE finde. Allerdings sei der formulierte Beschlusstext etwas fragwürdig und wenig praxisorientiert. Wie sollten bedürftige Menschen herausgefiltert werden und welche Voraussetzungen sollten diese Menschen haben. Die Fraktion DIE LINKE könne den vorliegenden Antrag demnach nicht befürworten. Abschließend beantragt Frau Zachow die Verweisung des Antrages in den Ausschuss Soziales und Gesundheit sowie den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Herr Adomeit unterstützt die Verweisung der Anträge in die Ausschüsse.

Herr Thiede unterstützt die Argumente der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. In der letzten Fraktionsitzung habe die CDU-Fraktion rege über das Thema diskutiert. Die Anträge sollten zunächst in die Ausschüsse verwiesen werden.

Herr Schmidt unterstützt ebenso die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse.

Herr Dr. Zabel regt an, den vorliegenden Antrag nicht in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu verweisen. Ob der Antrag überhaupt in einem Ausschuss gut aufgehoben sei, sei fraglich.

Frau Brüdgam entgegnet, dass eine Variante die Einführung eines Sozialpasses sei. Dann würde es nicht nur um den Rügenbrückenlauf gehen, sondern vielmehr auch um andere Sportveranstaltungen. Der Sozialpass würde ihrer Meinung nach sehr gut in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit passen.

Herr Dr. Zabel erklärt bezüglich des Sozialpasses, dass er sodann um entsprechende Antragstellung bittet.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp sagt, dass diese intensive Diskussion zeige, dass das Thema alle berühre. Zudem sei hier auch die Kreativität eines Ausschussvorsitzenden mehr gefordert.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet zunächst um Abstimmung über die Verweisung der Anträge in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Der Kreistag lehnt die Verweisung mehrheitlich bei 21 Ja-Stimmen, 25 Gegenstimmen und drei Enthaltungen ab.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Der Kreistag stimmt der Verweisung mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen und vier Enthaltungen zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich bei den Veranstaltern des Rügenbrückenlaufs dafür einzusetzen, dass für 50 kostenfreie Teilnahmeberechtigungen für sozial schwache Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises Vorpommern-Rügen zur

Verfügung gestellt werden. Die Auswahl sollte bei Überschreiten der Anfragen im Losverfahren stattfinden.

21. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Straßenausbaubeiträge"
Vorlage: A/2/0110

Herr Bartsch-Brüdgam begründet die Einbringung des Antrages und bittet um Zustimmung.

Herr Kuhn beantragt die Verweisung des Antrages in den Haushalts- und Finanzausschuss.

Frau Bartel unterstützt die Verweisung des Antrages.

Herr Kracht sagt, dass er mit der Verweisung nicht mitgehen könne. Vielmehr sollte mit diesem Antrag ein Signal nach Schwerin gesendet werden.

Herr Scharmberg sagt, dass eine Lösung gefunden werden müsse. Mit den Ausführungen von Herrn Kracht gehe er mit.

Herr Schmidt unterstützt die Verweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss.

Herr Bauch erklärt, dass er die Ausführungen der Fraktion DIE LINKE nachvollziehen könne. Daher werde er dem Antrag zustimmen.

Herr Landrat Drescher appelliert, dass der Antrag noch mal fachkundig im zuständigen Ausschuss begleitet und tiefgründig beleuchtet werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Verweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich bei acht Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag fordert das Land Mecklenburg Vorpommern auf, eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, bei gleichzeitigem Ausgleich der entstehenden Finanzierungslücke aus Landesmitteln, zu erarbeiten und umzusetzen.

22. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Doppelhaushalt"
Vorlage: A/2/0111

Herr Bartsch-Brüdgam begründet die Einbringung des Antrages. Dieser Antrag solle letztlich lediglich als Beschluss durch den Kreistag legitimiert werden.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass über den Haushalt sowie die Haushaltssatzung der Kreistag beschließen, wobei das Recht der Vorlage eines Doppelhaushaltes unteil-

bares Recht des Landrates sei. Weiter sagt er, dass die Kreisverwaltung derzeit am Doppelhaushalt arbeite. Daher sei der vorliegende Antrag überflüssig.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Der Kreistag lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag möge beschließen, den nächsten Haushaltsplan als Doppelhaushalt der Jahre 2019 und 2020 vorzubereiten.

**23. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Datenschutz im Präventionsausschuss"
Vorlage: A/2/0113**

Frau Kreistagspräsidentin Köster erklärt, dass ihr noch ein Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum vorliegenden Antrag vorliege. Sie bittet Frau Brüdgam, den Änderungsantrag zu begründen.

Frau Brüdgam sagt, dass am 25. Mai 2018 die neue EU-Datenschutzgrundverordnung sowie das neue Bundesdatenschutzgesetz im Rahmen des Datenschutzanpassungs- und Umsetzungsgesetzes der EU in Kraft treten würden. Der eingebrachte Antrag greife nicht in die Aufgaben des Landrates ein, jedoch würden sich Einwohnerinnen und Einwohner zunehmend verunsichert fühlen. Datenschutz höre nicht beim Landrat auf, sondern müsse bei vielen Entscheidungen immer mehr Berücksichtigung finden. Daher hofft Frau Brüdgam, dass die Aufgabe des Datenschutzes künftig im Präventionsausschuss verankert werden könne. Der Änderungsantrag beinhalte letztlich nur, dass eine Änderung der Hauptsatzung nicht augenblicklich gewollt sei. Wichtig sei nunmehr, dass die Aufgabe im Präventionsausschuss mit aufgenommen werde.

Frau Kreistagspräsidentin Köster verliest zur Information aller den Änderungsantrag:

„Der Kreistag möge die Aufnahme der Aufgabe Datenschutz in die Aufgaben des Präventionsausschusses beschließen. Die Verwaltung soll dies in der nächsten notwendigen Änderungssatzung zur Hauptsatzung spätestens zur letzten Kreistagssitzung der aktuellen Wahlperiode vorbereiten.“

Herr Griwahn möchte zunächst darauf hinweisen, dass der Ausschuss gemäß der Hauptsatzung des Landkreises noch die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes umfasse. Als Vorsitzender des Ausschusses könne er gut einschätzen, dass ein zusätzlicher Tatbestandteil die Themenvielfalt dieses Gremiums negativ beeinflussen würde. Des Weiteren führt er aus, dass die Europäische Datenschutzgrundverordnung eindeutig die Zuständigkeiten regelt. Dafür sei immer der Geschäftsführer oder der Betriebsleiter, hier der Landrat des Landkreises, zuständig.

Herr Landrat Drescher unterstreicht die Ausführungen von Herrn Griwahn dahingehend, dass das Gesetz und die Verordnung so gestrickt seien, dass sie ganz konkret einen verantwortlich machen. Dies sei immer derjenige, der die Organisationshoheit inne habe. Eine Delegation an ein Gremium sei demnach nicht möglich.

Herr Prof. Dr. Wetenkamp widerspricht dem Gesagten und wird dem vorliegenden Antrag zustimmen. Das Thema Datenschutz werde in den nächsten Jahren immer mehr vertreten sein.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet zunächst um Abstimmung des Änderungsantrages.

Der Kreistag lehnt den Änderungsantrag mehrheitlich bei 19 Stimmen dafür ab.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über den Antrag.

Der Kreistag lehnt den Antrag mehrheitlich bei 19 Stimmen dafür und einer Enthaltung ab.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag möge die Aufnahme der Aufgabe Datenschutz in die Aufgaben des Präventionsausschusses beschließen. Die Verwaltung soll dazu die notwendige Änderungsatzung zur Hauptsatzung bis zur Kreistagssitzung am 2. Juli vorbereiten.

**24. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Pilotprojekt kostenfreie Kita ab 2019 für alle Kinder im Landkreis Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/2/0115**

Es besteht kein Redebedarf.

Beschluss: KT 368-21/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat

1. Gespräche mit dem Land aufzunehmen, um ein Pilotprojekt „kostenfreie Kita ab 2019 für alle Kinder im Landkreis Vorpommern-Rügen“ unter der Maßgabe der Kostenneutralität für Landkreis und Gemeinden zu initiieren.
2. sich dafür einzusetzen, dass die Beitragsfreiheit für unsere Eltern mit grundsätzlichen Umgestaltungen einhergeht in Bezug auf:
 - Kostenverteilung zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden,
 - Aufwandsminimierung in den Behörden, bei den Kita-Trägern, Kindertagespflegepersonen und Eltern sowie
 - Zuständigkeiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zehn Enthaltungen beschlossen

25. Mitteilungen

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 2. Juli 2018 stattfinden werde und im Anschluss daran ein Grillfest veranstaltet

werde.

Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen.

gez. Andrea Köster

Datum, Unterschrift
Andrea Köster
Kreistagspräsidentin

gez. Franziska Behm

Datum, Unterschrift
Franziska Behm
Protokollführerin